

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 1spaltige 37 mm breite Seite 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige 1/2 u. 2/3spaltige 25%, 2spaltige 20% Tarif. Anzeigen-Preisliste gegen Vorabbezahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Gesellschaft 25 241. Nur für Nachgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Dieckhoff & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Geschäftsbriefe werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen. An- und Verkauf von Wertpapieren. Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen. An- und Verkauf fremder Geldsorten.

## Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Post-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlachthofring 7, Woltmannstraße 66, Grodmarchalle, Eliasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr. Einziehung und Ankauf von Wechseln. Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren. Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlkammern unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

## Maßnahmen gegen den Valutasturz.

### Opferwilligkeit der deutschen Industrie.

Berlin, 16. Sept. Ueber die Beweggründe, von denen der Reichsverband der deutschen Industrie bei den Verhandlungen mit den Regierungsvorstehern über die Kreditbeschaffung ausgegangen ist, geben mehrere Blätter die folgende Darstellung: Der Reichsverband der deutschen Industrie wäre der Meinung, daß, nachdem das Ultimatum angenommen wurde, alle Kräfte angehalten werden müßten, um zu seiner Erfüllung beizutragen. Man rechnet damit, daß es der Industrie möglich sein würde, etwa 1 bis 1 1/2 Milliarde auszubringen und dadurch der Inflation auf dem Geldmarkt Einhalt zu tun. Man erhofft außerdem von dieser Aktion der Industrie eine Entlastung der jetzt durch die fortgeschrittenen Reparationskäufe des Reiches geschaffenen katastrophalen Lage der deutschen Valuta. Bei den Beratungen wurde übrigens von allen Industrievertretern gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Industrie eine Verbreiterung der jetzigen Regierungskoalition für dringend notwendig erachtet, damit namentlich auch die Kreise der deutschen Wirtschaft angesichts deren gewaltigen Leistungen für das Reich in der deutschen Regierung mit vertreten seien. (S. T. B.)

Berlin, 16. Sept. Ueber den Plan des Reichsverbandes der deutschen Industrie wegen Sicherstellung der Reparationsverpflichtungen berichtet der „Kof. Anz.“ weiter: Es handelt sich um nichts weniger, als um die Aufnahme einer privaten Goldanleihe im Ausland. Durch diese Goldanleihe will man einmal die Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen auf Jahr und Tag hinaus schieben und vom Devisenmarkt unabhängig machen, zum andern will man gegen das maßlose Treiben der Devisenspekulanten einen festen Tamm aufwerfen. Als vor etwa zwei Wochen das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler und den Reichsfinanzminister Dr. Witt mit diesem Projekt herantrat, zeigten sich diese durch die Großzügigkeit des Gebotens überrascht und erfreut. Der gleiche Eindruck herrschte bei den zu den Beratungen hinzugezogenen Ministern, Staatssekretären und Mätern. Einer der größten Finanzmänner Deutschlands rief bei einer der Sitzungen aus:

„Dies ist eine heroische Tat der deutschen Industrie und Wirtschaft!“

Doch der Plan bis weit in die Kreise der Linken hinein eine ausgezeichnete Aufnahme findet, wird ganz besonders hervorgehoben. Reichspräsident Ebert nahm gestern Gelegenheit, die Führer der Mehrheitssozialisten auf das Projekt aufmerksam zu machen. Er tat dies recht

seitig vor dem Württ. Parteitag der S. P. D., auf dem programmäßig Stellung genommen werden soll zu dem geplanten Komplex der Steuerfragen. Es wäre hierbei schon aus Agitationsgründen zweifellos zu schweren Angriffen auf den „Kapitalismus“ und zu harter Kritik an dem Steuerprogramm der Reichsregierung gekommen. Die Sozialdemokratie sieht nun, daß die deutsche Wirtschaft auch das letzte zu opfern bereit ist: ihren Kredit. In der letzten Sitzung wurden auf Wunsch der Industriellen hervorragende deutsche Finanzleute zur Begutachtung des Entwurfs herangezogen, die geradezu glänzend ausgefallen sind, und am Sonnabend sind 40 Herren der deutschen Bankwelt zu den Beratungen eingeladen worden. Zweifellos wird sich durch eine Goldbeschaffung in großer Stelle der geradezu katastrophale Niedergang des Marktes aufhalten und die Mark zu neuem Leben bringen lassen. Auch auf die Steuerfragen wird das Projekt tief einschneidend sein müssen. Es liegt auf der Hand, daß alle an dem Opfer beteiligten Kreise von Industrie und Landwirtschaft steuerlich zunehmen in einer anderen Weise behandelt werden müssen. Eine Herabsetzung des Steuerprogramms dürfte sich daher als unausbleiblich und notwendig herausstellen.

### Die Verhandlungen mit der Reichsregierung.

Berlin, 15. Sept. W. T. A. berichtet folgendes: Unter dem Vorzeichen des Reichskanzlers haben in letzter Zeit mehrere Ausdrücke mit Präbivalenzbezug des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden. Gegenstand war die erste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches. Von allen Seiten wurde der Wille betont, praktisch und mit besonderen Opfern an dem Problem mitzuwirken, dem Reiche die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind auf diesem günstigen Boden des Verständnisses und des Entgegenkommens weit fortgeschritten; um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, bedarf es jedoch noch der Zustimmung mit weiteren produktiven Ständen des deutschen Wirtschaftslebens. Die Nachrichten, welche über die Verhandlungen in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, sind im wesentlichen Vermutungen und Behauptungen. Die Repräsentanten, die in den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die je eine Regierung zu führen habe und die deswegen die fortschrittliche Würdigung aller um den Wiederaufbau Deutschlands beteiligten Kreise verdienen, werden mit den Vertretern der Bankwelt wie auch mit solchen der Landwirtschaft in rascher Folge weitergeführt werden.

### Reichspräsident Ebert

empfangen, Donnerstag, nachmittags die sozialdemokratischen Führer zu einer Ansprache über die politische Lage. Mit der Frage der Devisenbeschaffung haben jedoch laut „Deutscher Anz.“ die Besprechungen in feinem Zusammenhange geblieben. (S. T. B.)

## Loucheur über das Wiesbadener Abkommen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Paris, 16. September. In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission in der französischen Kammer weiß der „Matin“ noch mitzuteilen, daß nach den Ausführungen Loucheurs mehrere Mitglieder der Kommission, Delahérie, Herriot und Charles Dumont, von dem Minister nähere Aufklärungen verlangten, namentlich über die finanzielle Rückzahlung der Wiesbadener Abmachungen. Loucheur gab diese Aufklärungen und erklärte, daß er im Verlaufe der Verhandlungen sich besonders darum gekümmert habe, was geschehen würde, wenn Deutschland Bankrott mache. Sollte dieser Fall eintreten, würde Frankreich die Kontrolle übernehmen und die deutsche Ein- und Ausfuhr. Loucheur sprach sodann über die Haltung gewisser alliierter Mächte und wies darauf hin, daß das Abkommen von den Vereinigten Staaten und Belgien gütlich ausgenommen worden ist. Nur England habe sich bisher im Prinzip diesem Abkommen gegenüber feindlich gezeigt, doch schiene es nunmehr besser unterrichtet zu sein und auch den Zusammenbruch Deutschlands zu befürchten und infolgedessen die für Frankreich praktische Garantiepolitik treiben zu wollen. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Loucheur, daß es unbedingt notwendig war, mit Deutschland Abmachungen zu treffen; denn sie erschienen billig und im Interesse Frankreichs.

### Die Sorja-Linie.

Paris, 15. Sept. Nach einer Meldung des „Journal des Débats“ aus Genf soll der Völkerbundsrat in der obersten Sitzung eine Sorja-Entscheidung, die ungefähr der vom Grafen Sorja vorgeschlagenen entspreche. (S. T. B.)

### Die irische Frage.

London, 15. Sept. (Reuter.) Lord Georae, erklärte de Valera in einem Briefe an Lord Georae, er wäre bereit, in eine Besprechung mit ihm einzutreten, aber nur als Vertreter eines souveränen Staates. In seiner Antwort an de Valera erklärte Lord Georae, daß er sich, da de Valera auf Anerkennung der irischen Souveränität bestünde, genötigt sehe, die Vorbereitungen für die englisch-irische Konferenz für die nächste Woche in Innenres zu widerrufen. Er wolle das Kabinett über die nun notwendigen Schritte befragen. (S. T. B.)

## Wie man auf die Spur der Erzberger-Mörder kam.

Berlin, 16. Sept. Zu der Frage, wie die Spur in der Verfolgung der Mörder Erzbergers auf Tilschen und Schulz geführt wurde, wird jetzt berichtet, daß bei den Erhebungen, die die Kriminalbeamten in Wiesbaden und Oppenheim vornahmen, sich ein junges Mädchen meldete, das gesehen hatte, wie die beiden, als Mörder Erzbergers in Verhaft kommenden Männer Schriftstücke zerrissen und die Papiere in einen Bach geworfen hätten. Dieser Bach wurde vorläufig abgelassen und man fand an einem Wehr tatsächlich beschriebene Papiere, die zusammengelegt wurden und aus denen man Briefe mit einer vollen Adresse erkannte. Diese Adresse war die Münchener Adresse von Schulz und Tilschen gewesen. Man hatte hier mit einem Male die Namen und die Wohnung der Mörder. Alle in München verhafteten Personen werden nach Abschluß der Vernehmung nach Oppenheim in das dortige Untersuchungsgefängnis transportiert werden. Von dem Oppenheimer Landgericht wird auch das Strafverfahren wegen Beihilfe und Mitwisserchaft eingeleitet werden, und die dortigen Geschworenen werden über das Verbrechen zu urteilen haben.

Als Täter bei der Ermordung Erzbergers kommt, wie die Blätter nach einer mehrheitssozialistischen Korrespondenz melden, der angehende Leutnant Max Güter, der sich in Potsdam selbst tötete, nicht in Betracht.

## Das Fiasko der Abrüstungspläne im Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Genf, 16. Sept. Die Kommission des Völkerbundes für die Abrüstung hat den Antrag Viviani angenommen, wonach die Völkerbundsidee weiter vom Völkerbund mit aller Energie zu propagieren sei, ohne daß sie schon jetzt den Zeitpunkt für gekommen ansehe. Ihren Mitglieder Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung aufzuerlegen, und zwar wegen der noch immer vorhandenen Unmöglichkeit. Der Bericht des Ausschusses soll am 25. September das Plenum beschäftigen.

## Die Sorge um den Pfennig.

Von Hirtl, Geh. Rat Friedrich Eichen von Braun, Vorsitzender des natl. Reichswirtschaftsrates, W. T. A.

Der Begriff des deutschen Volkes als einer zusammengehörigen Nation ist nicht nur ein Mundwort, es ist ein wichtiger, anschlagerender Faktor in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft. Das Problem des Verfallens Deutschlands bestand darin, diese Macht auszuhalten, sie zu erhalten und dienlich zu machen dem Programm der Nation, das heute mit dem Namen „Erfüllungsprogramm“ gekennzeichnet wird. Wir sind zur Erfüllung dieses Programms nach unseren Kräften verpflichtet und niemand in Deutschland kann diese Verpflichtung beiseite schieben, weil sie zum Schicksal unseres Volkes geworden ist. Dies Schicksal der Erfüllung, der unabweislichen Verpflichtung, die je einem Volke auferlegt worden ist, verbindet uns miteinander und trennt uns an anderer Seite. Die Erkenntnis, daß wir unumwunden unternehmen haben, wenn wir uns bereit erklärt haben, die Schulden einer Welt auf unsere Schultern zu nehmen, bricht sich zwar allgemach Bahn. Der Zusammenbruch unserer Währung befehlt jeden, daß wir uns auf dem Wege zur Volkswirtschaftlichen Umgestaltung befinden. Der deutsche Hundertmarkschein war am Anfang Juni an der New Yorker Börse noch 100 Dollar wert, heute steht er unter einem Dollar. Das sind die überhäuften Folgen des Erfüllungsprogramms. Die Wirtschaften dieser Welt sind auf unser Wirtschaftsleben und auf unsere Wirtschaften in einzelnen viel zu launig. Die Hervorhebung dieser Tatsachen allein führt uns nicht auf den Weg der Besserung. Der Niedergang unserer Währung verhängt die innerliche Verfassung und Spaltung. Schon heute droht die durch den Kursrückgang der Mark hervorgerufene Emergenz eine neue Arbeitsbewegung zu verursachen. Es gibt in weiten Kreisen der Arbeiterbewegung, in der Vorrede herrscht unter der Katastrophenspekulation, die früher oder später zu einem Zusammenbruch führen wird, und die als einleuchtend wirtschaftlicher Erkrankung des Volkslebens erachtet werden müssen. Weltweit gefährlicher sind aber die hinter diesen Dingen liegenden Volkserkenntnisse. Die Sicherstellung unserer Einfuhr an Rohstoffen und Lebensmitteln wird auf das äußerste erzwungen. Die Anpassung und der Ausgleich der Inlandpreise und Weltmarktpreise wird wieder einmal hinausgeschoben. Wieder beginnt die Gefahr eines deutschen „Ausverkaufs“, der um so bedenklicher ist, als die Schwierigkeit der Aus- und Einfuhrregelung mit zunehmender Weltweite unserer Wirtschaftslebens härter geworden ist.

Darum erhebt sich mit zwingender Notwendigkeit die Forderung nach einem schöpferischen wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm. Dieses Programm liegt weder auf dem Wege der staatlichen Monopolwirtschaft noch auf dem Wege zersplitterter, individueller Wirtschaftsfreiheit. Wir sind abhängig einmal von der Einfuhr von Rohstoffen, aber mehr noch von der Einfuhr von Lebensmitteln. Es ist die Vertiefung der Lebensmittel für die Massen, die heute wieder die großen Gefahren mit sich bringt. Die zugehörigen zwölf Monate hatten uns einen gewissen Ausgleich, eine gewisse Festhaltung von Kraftverhältnissen zwischen Erzeugung und Bedarf gebracht. Die freie Wirtschaft hat unweilhaft eine durchgehende Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung bewirkt. Wenn wir aber eine wirkliche Gefahr durch unsere inneren Ruhe in erster Linie von einer Erschütterung unserer Ernährungsverhältnisse zu befürchten haben, dann muß es Aufgabe zielbewusster deutscher Wirtschaftspolitik sein, hier einzusetzen. Hier müssen die Kräfte gefördert werden, die uns allein eine mächtige innere und äußere Sicherheit verschaffen können. Wir sind entschlossen worden als Folge des verlorenen Krieges. Das ist so weit hat kommen können, war eine Folge unserer Ernährungsnotlagen gegen Ende des Krieges. Wenn wir auf Nahrungsmittelimporte größeren Umfangs zu verzichten vermöchten, weil wir Selbstverleiher sind, dann könnten wir auch im handelspolitischen Weltkampf weit höherer, weit ausdauernder überleben als gegenwärtig. Dann würde selbst die unabweisliche Erfüllungslast nicht schon im ersten Anfang zu so bedenklichen Volkserkenntnissen geführt haben, wie wir sie heute beobachten müssen.

Jeder Pfennig, der sich heute in unsere Ernährungsökonomie schickt, bringt reichlichen Ertrag. Erh. wenn es gelingt, auf diesem Felde vorwärts zu kommen, wenn wir erst befristet haben werden, daß wir das Geld aus unserem eigenen Ader ernten müssen, wird es möglich sein, die wirklich großen Kräfte der deutschen Wirtschaft zu neuem Leben und zu neuem Ertrag zu bringen. Erst dann kann es gelingen, die Liebe zur Sparbarkeit, die Dingede und Opferwilligkeit im einzelnen wieder allgemein zu Ehren zu bringen. Wir werden aber diesen Weg nicht beschreiten können, wenn es nicht gelingt, gleichzeitig die moralischen Kräfte der Allgemeinheit wieder zu heben, ein Ziel, das nur durch bewusste tatkraftige Mitarbeit der einzelnen selbständigen Naturen erreicht werden kann. Es gilt die erste Sorge um den Pfennig wieder zu Ehren zu bringen. Heute steht jede Erschütterung des Wirtschaftslebens die mühselige, schon geleistete Arbeit wieder um. Immer von neuem erhebt der Klassenkampf sein Haupt und bedrückt uns um Millionen und Milliarden, was es im einzelnen nur um Pfennige geht. Das Vertrauen des Auslandes wird damit immer weiter getrübt und so werden wir neuerlich auf einem Meer von Unzufriedenheit ohne uns zu dem einzeln erfolgversprechenden Entschluß durchringen zu können, dem Entschluß, den deutschen Pfennig durch gemeinschaftliche Arbeit, durch gleichzeitige Selbsthilfe aus höheren Bemerkungen in der Welt ausbringen.

# Das Reich und das Sanktions-Unrecht.

**Drachmelbung unserer Berliner Schriftleitung)**  
Berlin, 16. Sept. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen im Westen ist bisher noch nicht erfolgt, weil eine Einigung über die Schaffung der von der Entente gewünschten internationalen Stelle zur Ein- und Ausfuhrkontrolle bisher noch nicht erzielt werden konnte. Deutschland verlangt, daß sich die zu schaffende Stelle jeder Einmischung in die Exekutive enthalte. Bisher ist eine völlige Klärung der Kompetenzfrage noch nicht erreicht, doch besteht die Hoffnung, daß die Aufhebung der Sanktionen in kurzer Zeit erfolgen werde. Das Ziel der deutschen Regierung bleibt nach wie vor völlige Aufhebung der Sanktionen.

**Eine „Studienreise“ Briands nach Deutschland**  
Paris, 16. Sept. Wie der „Excelsior“ meldet, wird der Ministerpräsident Briand eine Anzahl Finanz- und Wirtschaftsprüfer prüfen. Die Prüfung wird mit einer Studienreise nach Deutschland enden. (W. T. P.)

## Das angebliche „verschanzte Lager“ in München.

**(Eigenes Traditionsblatt der Dresdner Nachrichten)**  
München, 16. Sept. Als „sonderbare Neuschöpfung“ bezeichnet die „Bayrische Staatszeitung“ die Angaben des Reichsanwalter vor dem Heberwachsungsamt. Doch ist sonderbar nur es, was der Berliner Staatskommissar mitgeteilt hat. Danach wäre die Münchener Polizeidirektion das rechte Verwaltungsvernehmen. Man müsse sich nur wundern, daß man bisher in Berlin zu alledem still geschwiegen habe. Das Wertwichtige sei, daß man in München von den Vorgängen nicht das geringste gehört habe. Ein verschanztes Lager der Reaktionskräfte mit Bewaffnung und Verteidigung durch Schüsse: so etwas könne doch der öffentlichen Wahrnehmung nicht entgehen. Der berichtende Kriminalbeamte müsse das Opfer irgendeiner Täuschung gewesen sein. Aber die Sache habe auch ihre bedeutende Seite, die bedenken lasse, daß die Zukunft des Staatskommissars überhaupt bekannt gegeben worden sei, bevor die darin angeführten Behauptungen erwiesen seien. Die Presse gewisser Berliner Blätter gegen Bayern erhalte dadurch nur neue Nahrung, was nicht zur Beruhigung der Gemüter diene und als Verherrlichung der Sitzung betrachtet werden könne. Bayern müsse sich auf das Schicksal drängen verwehren.

## Die Häuberer aus Bayern.

Berlin, 16. Sept. Die Mitteilungen, die gestern im Heberwachsungsamt vom Reichsanwalter auf Grund schriftlicher Darlegungen des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung über das Verhalten eines verschanzten Kapitulanten in Bayern gemacht worden sind, haben zur Folge, daß man nun in Bayern überall „Kapitulanten“ auffindet. So berichten die „R.“ von einer großen politischen Antriebe, die ihren Sitz in Südbayern, und zwar auf dem Schlosse Neu-Neuten in der Nähe von Rosenheim habe. Das Schloß, das der Gemahl des Generals Herberich v. Birtenfeld gehört, sei seit langem als Zusammenkunftsort einer Reihe häuberischer und hochverräterischer Verschwörer bekannt. Auf diesem Schlosse hätten die Häuber des Landes zusammen, der auf eine Vereinigung von Bayern und Ungarn unter Einbeziehung Deutschösterreichs auf die Schaffung einer süddeutschen föderalistischen Monarchie und auf die Restauration des Hauses Habsburg abzielen. Der ungarische Staatsverweigerer Horthy sei in den letzten Monaten häufiger auf dem Schlosse gewesen und dabei wiederholt in Begleitung des kaiserlichen Botschafters erschienen. Auch Ehrhardt und Pabst sollen dort schon zu Werke gekommen sein. Es war vorzuziehen, daß die kaiserlichen Beamten im Heberwachsungsamt die Phantasie aller Bayernfeinde bedeutend anfechten würde.

## Keine Auflösung der Hilfskommission für Rußland.

Paris, 16. Sept. (Havas.) Der internationale Hilfsausschuß für Rußland trat im Ministerium des Auswärtigen unter Vorsitz von Noulens zusammen. Er nahm die Antwort Noulens' zur Kenntnis und erklärte sich mit seinem Vorschlag einverstanden, der den in der Sitzung vom 1. September einstimmig festgestellten Vorschlag an die Sowjetregierung weiterzugeben hat. Der Generaldelegierte des Internationalen Roten Kreuzes, Edward Ard, ein Mitarbeiter Noulens, gab eine mündliche Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß Rußland und Noulens eine Untersuchung für unerlässlich halten, um die Bedingungen kennen zu lernen, unter denen die Hilfeleistung für Rußland organisiert werden könnte. Der internationale Hilfsausschuß beschloß, auf Grund der vom Vorkriegs-Verein übertragenen Vollmacht einen Aufruf an alle Staaten zu richten, die bereit sind, sich an dem humanitären Werke zu beteiligen. Der Hilfsausschuß legt seine Bemühungen fort, um die Mittel zu finden, das Werk der Menschlichkeit, das er übernommen hat, zu einem guten Ende zu führen. (W. T. P.)

# Deriliches und Sächliches.

Dresden, 16. September.

## Die drohende Aussperrung in der Metallindustrie.

Der Verband der Metallindustriellen, Bezirk Dresden, s. B. übermittelte uns folgende Auslassung: Der Metallarbeiterverband hat den Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses vom 29. August 1921 nicht angenommen. Er hat weitere Verhandlungen von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß die Arbeitgeberverbände zu Erhöhungen über die Höhe des Schiedsgerichtes hinaus bereit sein würden. Die Arbeitgeberverbände konnten auf solche Erhöhungen nicht eingehen, nachdem sie mit der Annahme des Spruchs schon über ihre äußersten Ausmaßnisse weit hinausgegangen waren, haben sich aber zur nochmaligen Besprechung der Sachlage bereit erklärt. Auf Veranlassung des Metallarbeiterverbandes wurde daraufhin ohne Rücksicht auf die in einer großen Anzahl von Betrieben der Metallindustrie in der Kreisbauhauptmannschaft Dresden angeführten, von dem Streik wurden rund 30000 Arbeiter betroffen. Die Arbeitgeberverbände der Metallindustriellen haben sich daher genötigt gesehen, folgendes Schreiben an den Metallarbeiterverband zu richten:

„Im Gegensatz zu uns haben Sie den Spruch des Schlichtungsausschusses vom 29. August 1921 nicht angenommen und unter Schreiben vom 7. d. M. in dem wir uns zur nochmaligen Erläuterung unserer Stellungnahme bereit erklärten, damit beantwortet, daß Sie eine sehr beträchtliche Zahl unserer Verbandsbetriebe für einen Streik übergeben. Wir leben in dieser Ihrer Wahnvorstellung eine schwere Verletzung des Wirtschaftslebens, für die wir jede Verantwortung ablehnen, nachdem wir in der gemeinsamen Weise eine Verständigung herbeizuführen verucht hatten. Im Interesse des Wirtschaftslebens und zum Schutze der von Ihnen betroffenen Firmen müssen wir von Ihnen fordern, daß Sie Ihren Streikbeschluss aufheben und Ihre Mitglieder veranlassen, die Arbeit bis spätestens Freitag, den 18. d. M. früh, zu den Bedingungen des Schiedsgerichtes aufzunehmen. Andernfalls sind wir gezwungen, aus Ihren Maßnahmen die Folgerungen zu ziehen und am Freitag, den 18. d. M., zur Aussperrung unserer Arbeiter zu schreiten. Wir empfehlen Ihnen dringend eine Ränderung Ihres bisherigen Standpunktes. Wir unterwerfen Ihnen nach den vorliegenden Verhältnissen und den von Ihnen zuerst veranlassenen Maßnahmen keinen anderen Weg als den angegebenen beschreiben.“

Anwachen ist, wie bereits gemeldet, die Frist für die Wiederaufnahme der Arbeit in den betroffenen Betrieben auf morgen, Sonnabend früh, der Termin der eventuellen Aussperrung auf Sonnabend mittags verschoben worden. Die Arbeitgeberorganisationen bemerken ausdrücklich, daß sie spätestens bis zum heutigen Freitag, abends 10 Uhr, im Besitz eines ganz eindeutigen schriftlichen Beschlusses darüber sein müssen, ob die Arbeiterorganisationen den Streikbeschluss aufheben und demzufolge sofort die streikenden Beschäftigten zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen.

## Heimarbeiter für Schwerbeschädigte.

Die Bestimmungen des Landesamtes für Arbeiterfürsorge in der Durchführung der reichsgesetzlichen Fürsorge und Arbeitsbeschaffung für Schwerbeschädigte haben ergeben, daß eine recht beträchtliche Zahl Schwerbeschädigter für eine regelmäßige Arbeit in den Betrieben, Kanzleien oder sonstigen Dienststellen privater Unternehmer oder öffentlicher Körperschaften nicht mehr in Frage kommt. Es sind dies schwerbeschädigte mit schweren inneren Krankheiten, mehrfachen Gliederverlusten, zum Teil auch Kriegslinien, denen nicht zugewiesen werden kann, einer sonstigen Arbeit außerhalb ihrer Wohnung nachzugehen. Soweit diese schwerbeschädigten nicht in Lebensverhältnissen dauernd aufgenommen werden müssen und ihnen ein, wenn auch nur kleiner Rest geistiger oder körperlicher Arbeitsfähigkeit verbleiben ist, will das Landesamt unter Mithilfe der privaten und öffentlichen Arbeitgeber versuchen, das Dasein dieser schwerbeschädigten Arbeiter durch Bereitstellung von Heimarbeit zu erleichtern zu erhalten. Hierbei wird davon ausgegangen, daß der Ertrag der Heimarbeit zwar nur selten der Aufwand für den notwendigen Lebensunterhalt decken wird, daß sie aber geeignet ist, die schwerbeschädigten durch eigenes Schaffen von Arbeitswerten von Mühseligkeit und Gräueltaten abzulassen, die ihrem Gesundheitszustand nachteilig sind. Das Landesamt hat feststellen lassen, daß mehr als 150 schwerbeschädigte selbst und etwa 50 Frauen von völlig arbeitsunfähigen schwerbeschädigten, die ständig zu Hause betreut werden müssen, geeignete Heimarbeit gern übernehmen wollen; einige von ihnen haben auch schon mit Heimarbeit begonnen, sind aber noch nicht auskömmlich beschäftigt, weil nicht selten Arbeitsbedingungen unterbrochen müssen; auch ist die in den jetzt üblichen Heimarbeiten im allgemeinen recht geringe Bezahlung vielfach hinderlich.

Die regelmäßige Versorgung der schwerbeschädigten ihrer Frauen mit auskömmlicher Heimarbeit wird deshalb vom Landesamt für Arbeiterfürsorge nun in der Weise gesucht, daß die Arbeitswilligen durch Vermittlung der amtlichen Fürsorgestellen (Mittelstellen für Schwerbeschädigtenfürsorge bei den Kreisämtern für Arbeiterfürsorge) laufend und je nach Bedarf

auch von wechselnden Arbeitgeberheimarbeit zugewiesen erhalten sollen. Das Landesamt richtet an alle Behörden, Dienststellen, private Arbeitgeber usw., die laufend aber zeitweise Heimarbeit ausgeben die dringende Bitte, die geplanten Maßnahmen dadurch zu unterstützen, daß sie dem Landesamt für Arbeiterfürsorge in Dresden-R., Große Meißner Straße 2, I. — Fernruf 14105, 14106, 22495 — sobald als möglich mitteilen, in welcher Weise und in welchem Umfang sie Heimarbeit an schwerbeschädigte ausgeben können. Das Landesamt wird es übernehmen, je nach dem Heimatsort der ihm gemeldeten schwerbeschädigten beim zuständigen Kreisamt die erforderlichen weiteren Maßnahmen, Vereinbarungen über die Ausgabe der Heimarbeit, Verteilung des Lohnes usw. im Einvernehmen mit dem betreffenden Arbeitgeber einzuleiten.

## Heilstätten der Betriebskrankenassen.

Der Landesversicherungsverband der sächsischen Betriebskrankenassen schreibt uns: In gegenwärtiger Zeit, in welcher leider wieder einmal der Gegensatz zwischen bürgerlichen und Arbeiterparteien künstlich verschärft hervortritt, hat der Landesversicherungsverband der sächsischen Betriebskrankenassen durchgeführte, welche dem Gegensatz zwischen der bürgerlichen und der Arbeiterwelt möglichst überbrücken sollen. Die dem Landesversicherungsverband angeschlossenen zahlreichen industriellen Firmen haben, um der sächsischen Arbeitermehrheit zu zeigen, daß sie für diese ein warmes Herz haben, sehr erhebliche Mittel angewendet, um für die Betriebskrankenassen eigene Heilstätten zu errichten. Es ist aus Mitgliedern des Verbandes eine Heilstättengesellschaft für sächsische Betriebskrankenassen u. v. D. gegründet worden, welche zunächst das Waldpark-Sanatorium Blasewitz in Dresden gekauft hat. Das Sanatorium wird durch einen Umbau zu einem erstklassigen Krankenhaus umgestaltet mit 120 Betten. Es soll zunächst als Krankenhaus für innere Krankheiten dienen und eine Anzahl erster Spezialisten aus Dresden und Umgebung werden in ihm wirken. Kreislicher Leiter der Krankenkassen wird der berühmte Leiter des Sanatoriums Blasewitz, Dr. Fischer. Dieser Krankenhaus wird eine ärztliche Untersuchungs- und Behandlungszentrale (ärztliches Ambulatorium) angeschloffen, welche dazu dienen soll, in allen zweifelhaften und komplizierten Fällen durch Anwendung aller modernen Mittel eine möglichst rasche Diagnose zu stellen. Die Lage des Sanatoriums, angrenzend an den Waldpark Blasewitz, ist eine ausgezeichnete und das Gebäude selbst für Krankenaufnahme hervorragend geeignet. Es wird Wert darauf gelegt werden, daß die Arbeiter dort auf verpflegt und nicht als Nummern behandelt werden. Insbesondere werden die Arbeiter nicht in großen Sälen zusammengepfercht werden, sondern in einzelne Zimmer mit höchstens 4 Betten kommen. Es ist eben beabsichtigt, möglichst den Krankenhausharakter, vor welchem die Leute oft zurückweichen, zu beseitigen. Ferner wird der Landesversicherungsverband in den nächsten Tagen ein Genesungsheim in Waldschütz errichten, das unter ärztlicher Kontrolle des Kreisrat Köhler in Elster stehen wird und bevorzugt (in der Nähe des Kurparks) gelegen ist. Es wird etwa 50 Betten haben. Ein solches Genesungsheim soll in der Nähe Dresdens in sehr schöner Lage gekauft werden, um auch den ostfriesischen und Dresdner Klassen ein nahegelegenes Erholungsheim zu bieten. Es wird ungefähr 60 Betten umfassen. Damit sind die Betriebskrankenassen in der Lage, wenn sie es wollen, nur eigene Heimstätten zu belegen. Andererseits werden die Arbeiter erfahren, welche in den Betriebskrankenassen versichert sind, daß sie in den drei fraglichen Anstalten auf das Beste aufgehoben sind. Der Landesversicherungsverband der sächsischen Betriebskrankenassen gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieses großzügige Unternehmen dazu beitragen möchte, die Kluft zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, welche sich bedauerlicherweise aufgetan hat, noch Möglichkeit zu überbrücken.

— Oberstudienrat Professor Dr. Stange scheidet mit Ablauf des Sommerhalbjahres aus seinem Amte als Rektor der Kreuzschule, um in den Ruhestand zu treten. Der hiesige Schulmann wurde am 21. Oktober 1859 in Wehrsdorf bei Bautzen geboren, besuchte in Dresden die Kreuzschule und studierte in Leipzig klassische Philologie. Am Gymnasium zu Dresden-Neustadt leistete er sein Probejahr ab und trat dann 1882 in den Lehrkörper des Bischöflichen Gymnasiums ein. Im Jahre 1907 ging er als Rektor der Kreuzschule ab. Das jetzige Amt als Rektor der Kreuzschule bekleidete er seit Herbst 1910. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt. — Am Freitag den 23. September, vormittags um 10 Uhr, findet in der Aula der Kreuzschule die Abschiedsfeier statt.

— Die Sparfassenkasse Dresden-Gotta, Püßener Straße Nr. 121, bleibt morgen, Sonnabend wegen Meinungsänderung der Kassens und Dienstanwärter für den Verkehr geschlossen.

— Erhöhung des Bestattungspreises. Die bedeutend erhöhten Ausgaben für die Bestattungen in Frage kommenden Materialien bedingen eine weitere Erhöhung des Bestattungspreises. Der neue, vom Rat genehmigte Tarif trat im städtischen Bestattungsamt (Stabshaus Am See 2, Erdgeschoss) und bei den hiesigen Privat-Beerdigungsanstalten zur Einnahme aus.

— Neue Massenveranstaltungen des Oberbürgermeisters. Das Oberbürgermeisteramt rufft nun auch die Jugend auf den Plan, damit sie helfen kann, die ober-

# Kunst und Wissenschaft.

**Wochenplan des Staatstheater. Opernhaus:**  
Sonntag (18.): „Der Evangelist“ (12 bis 11).  
Montag: „Der Rosenkavalier“ (7 bis 10). Dienstag: „Figaros Hochzeit“ (7 bis 11). Mittwoch: „Die lustigen Weiber von Windsor“.  
Donnerstag: „Fra Diavolo“.  
Freitag: „Der Freischütz“ (7 bis 10).  
Sonnabend: „Tosca“ (12 bis 10).  
Sonntag (25.): „Die Maubertin“ (7 bis 10).  
Montag (26.): „Waisenscheidung“.  
Dienstag (27.): „Die Waise“ (7 bis 10).  
Mittwoch (28.): „Die Waise“ (7 bis 10).  
Donnerstag (29.): „Die Waise“ (7 bis 10).  
Freitag (30.): „Die Waise“ (7 bis 10).  
Sonnabend (1. Okt.): „Die Waise“ (7 bis 10).  
Sonntag (2. Okt.): „Die Waise“ (7 bis 10).

**Mitteilungen des Staatstheater. Opernhaus:**  
Sonntag, 18. September (18.): „Der Evangelist“ mit Paulus, Charlotte Herold-Kimpel, Helene Jung, Stöckmann, Vogelstrom, Richter, Ermold, Fange, Musikalische Leitung: Striegler; Spielleitung: Toller.  
Schauspielhaus: Als nächste Neuheit des Schauspielhauses wird für Donnerstag, den 22. September, die Uraufführung der Tragödie „Circé“ von Otto Krauß vorbereitet. Die Circé-Opernleitung leitet Walter Bruno Abt. Anfang 7 Uhr. — Da Herr Paulus wegen eines schweren Trauerfalles morgen, Sonnabend, nicht spielen kann, wird statt „Der Nibelungen“ Herr Hart Hauptmanns Liebeskomödie „Der Nibelungen“ spielen. Anfang 7 Uhr.

**Geheimrat Dr. Paul Brahl, der bisherige Leiter der Verwaltung des Staatstheater, ist infolge Verletzung des neuen Antidatums von seinem Posten zurückgetreten. Wie der „Zell.-N.“ aus München berichtet, hat das gesamte Sologopersonal beider Staatstheater dem Geheimrat Brahl bei seinem Ausscheiden eine überaus herzliche Würdigung seiner Tätigkeit zu teil werden lassen. Es wurde ihm durch eine Abordnung, bestehend aus den Damen v. Schuß und Verben, den Herren Battiera, Biede und Paulsen (zusätzlich als Mann der Bühnengenossenschaft), ein kostbarer Blumen- und Kränzelebstück mit zwei Begleiterschreiben überreicht, die von sämtlichen Sologopersonal unterzeichnet waren. In diesen Adressen wird dankbar betont, wie sehr Geheimrat Brahl in seiner einjährigen Tätigkeit das Vertrauen des gesamten Personals erworben und es verdient hat, sich in die Fänge der Bühnenkünstler einzufügen.**

**Spielplan des Reichstheater Schauspielhaus vom 18. bis 26. September.** Sonntag (18.): „Rosa Riccio“.  
Montag (19.): „Rosa Riccio“.  
Dienstag (20.): „Rosa Riccio“.  
Mittwoch (21.): „Rosa Riccio“.  
Donnerstag (22.): „Rosa Riccio“.  
Freitag (23.): „Rosa Riccio“.  
Sonnabend (24.): „Rosa Riccio“.  
Sonntag (25.): „Rosa Riccio“.  
Montag (26.): „Rosa Riccio“.

**Magische Vaterne.** Dienstag: „Rosa Riccio“.  
Mittwoch: „Rosa Riccio“.  
Donnerstag: „Rosa Riccio“.  
Freitag: „Rosa Riccio“.  
Sonnabend: „Rosa Riccio“.  
Sonntag (25.): „Rosa Riccio“.

**Die Orientreise.** Montag: „Rosa Riccio“.  
Dienstag (26.): „Rosa Riccio“.  
Mittwoch (27.): „Rosa Riccio“.  
Donnerstag (28.): „Rosa Riccio“.  
Freitag (29.): „Rosa Riccio“.  
Sonnabend (30.): „Rosa Riccio“.  
Sonntag (1. Okt.): „Rosa Riccio“.

**Konzert.** Man schreibt uns: Am Musiktheater der Welt feierten zwei Künstler die Aufmerksamkeit der sehr zahlreich erschienenen Zuhörer: die junge schwedische Sängerin Rosa Daalund und der stimmbegabte Bariton Alfonso Eccarino. Rosa Daalund ist Schülerin der Gesangsprofessorin Beda Rönnerberg-Salvorsten aus Stockholm. Ihre Stimme, ein leuchtender warmer Sopran mit dramatischem Charakter, ist technisch auf höchster Stufe. Von den Liedern ihrer Landsleute, die sie teilweise in der Muttersprache sang, ragen die von Bertrando Bergner und Nordauke hervor. Alfonso Eccarino's reiche Mittel und intellektuelle Auffassung zeigten sich in Liedern von Mich. Strakoski und der Arie des Reno aus „Amilka“. Der in italienischer Schule ausgebildete Sänger wurde seiner Aufgabe beherrschend gerecht.

**Erstes Philharmonisches Konzert in Freiberg.** Kapellmeister Thiemann hat als instrumentale Hauptwerke Spohrs „Festnacht“ und Beethovens 1. Sinfonie, Er interpretierte sie in hinreißender und überzeugender Weise. Es spricht von hoher musikalischer Intelligenz und Umsicht, mit einem ausnahmslos gelungenen Orchester und mit einem tüchtigsten Besatzen zu gelangen. Meister Geora Wille erprobte sich mit Schumanns „Bischof-Konzert“ und kleineren Stücken von Bach, Schubert und Schumann hübschlichen Weise.

**Der Sächsische Philosophenverein** hält vom 23. bis 25. September in Leipzig seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Tagung beginnt mit einer Sitzung der Beiratsvereinsvorsitzenden und Vertreter, in der pädagogische, organisatorische und rechtliche Fragen zur Sprache gebracht werden. Die Mittelschulverwaltung wird in der Hauptsache zur Erörterung von Vereins- und Landesfragen dienen. An der öffentlichen Versammlung wird Studientrat Dr. H. Wasse einen Vortrag über die Arbeitsweise halten. In einer Reihe von Vorträgen werden pädagogische Fragen einer eingehenden Besprechung unterzogen. Am Anchluss an die Tagung finden Vorträge und Studienausflüge statt.

**Neues Theater in Frankfurt a. M.** Rolf Landner's Drama „Christa, die Tante“ hatte bei seiner Uraufführung vollen Erfolg. Das Bühnenwerk

ist die Tragödie der alternden Frau, die Tragik des einsamen Menschen. Die Vorgänge des Werkes haben der glänzenden Aufführung plastisches Relief. Vor allem ist Leonine Saagan als Tante Christa mit hoher Intelligenz zu nennen.

**Herr Hart Hauptmann** arbeitet zurzeit an zwei epischen Dichtungen, „Anna“ und „Till Eulenspiegel“. Die Handlung der letzteren soll zeitgemäß sein. Ferner verfasst der Dichter noch seine „Lebenserinnerungen“.

**Bildhauer August Sommer** f. In Koburg ist der Bildhauer Professor August Sommer im 88. Lebensjahre gestorben. Von seinen Schülern sind der Centaurenbrunnen in Bremen und die schlafende Zohin in der Berliner Nationalgalerie zu nennen.

**Die „Gesellschaft der Musikfreunde im Odenwald“** die durch die eben einmündigen wie künstlerisch bedeutungsvollen Bekanntheiten ihres Odenwälder Musikfestes bekannt geworden ist, zeugt für die Tage vom 7. bis 9. Oktober „drei Beethovenkonzerte“ in Erbach-Waldeshaide an. Die einen Kammermusikabend des Hebrer-Quartetts aus Frankfurt a. M. und ein Kirchenkonzert mit dem Mannheimer Organisten Bruno Landmann bringen werden. Den Abschluss wird ein „Beethoven-Mozart-Abend“ des Sächsischen Landes-theater-Orchesters aus Darmstadt unter der Leitung des Generalmusikdirektors Michael Ballina bilden, in dem die hochdramatische Sängerin des Sächsischen Landes-theaters, Frau Johanna Hesse, mitwirken wird, die vom Herbst dieses Jahres der Dresdner Staatsoper angehört.

**Eine neue Oper von Glasunow.** Der russische Tonsetzer A. Glasunow hat die Musik zu einer neuen Oper beendet, deren Text einen biblischen Stoff behandelt. Es dürfte wenig bekannt sein, daß Glasunow seit Jahren schon Leiter der russischen Musik-Hochschule von Petersburg ist und auf diesem Posten ansieht trotz der riesigen Schwierigkeiten, die er während der Umwälzungen zu bekämpfen hatte, welche Russlands Kunstleben in allen Grundzügen erschütterten.

## „Brochhaus Konversations-Lexikon.“

Von Barris Freyherren von Münchhausen.  
Der altaneuere Verlag Brochhaus in Leipzig hat ein Preisanschreiben zur Verdeutschung des „Wörterbuches Konversations-Lexikon“ erlassen. Was tausenden von Vorschlägen haben die Preisrichter eine Wahl getroffen, die bei einem Werke von so hohem Werte und so allgemeiner Verbreitung einer öffentlichen Beurteilung und Verteilung unterliegen muß.



